



Ausschussdrucksache 21(17)12
vom 11. November 2025

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

„Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“

Jan Mainka

Chefredakteur und Herausgeber Budapester Zeitung

Wie sollte man andere Länder richtig kritisieren?

Betrachtungen auf der Grundlage einiger Praxisbeispiele aus Ungarn

Von Jan Mainka, Chefredakteur und Herausgeber der Budapester Zeitung

Im Titel der Sitzung „Desinformation durch autokratische Staaten mit dem Ziel der Schwächung von Demokratie und Bedrohung der Menschenrechte“ sind gleich vier typische Unterstellungen gegenüber unliebsamen Staaten enthalten. Dies steht im Kontext zur großen Leidenschaft der politischen Klasse in Deutschland, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Ländern einzumischen. Deswegen möchte ich hier speziell zum Aspekt dieser Einmischung einige Gedanken dazu äußern.

Bei welchen Themen sollte man sich überhaupt in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen?

Deutschland und Ungarn vertreten diesbezüglich einen komplett anderen Standpunkt. Während Deutschland davon überzeugt ist, anderen Ländern bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten Ratschläge erteilen zu müssen, ist Ungarn diesbezüglich sehr zurückhaltend. Abgesehen vom geringeren Gewicht Ungarns in der internationalen Debatte und in internationalen Organisationen hält es die ungarische politische Elite auch nicht für nötig, sich moralisch zu erhöhen und ihr Selbstwertgefühl zu verbessern, indem sie sich gegenüber anderen Ländern als Oberlehrer aufspielt. Eine der ganz wenigen Ausnahmen ist die Problematik der ungarischen Minderheiten in Ungarns Nachbarländern. Für deren Wohlergehen fühlt sich die amtierende ungarische Regierung verantwortlich. Sollten deren Interessen gefährdet sein, ergreift sie daher stets das Wort. Ein Beispiel hierfür ist die ungarische Minderheit in der Ukraine, deren Lage sich seit dem gewaltsamen Machtwechsel im Jahr 2014 dramatisch verschlechtert hat. Dies hat nichts mit Oberlehrertum zu tun, hier geht es um reine Interessenvertretung. Ein weiteres wichtiges Thema ist die ungarische Energieversorgung, die durch ukrainische Angriffe in letzter Zeit mehrfach unter Druck geraten ist. Auch hier erhebt die ungarische Regierung selbstverständlich ihre Stimme. Dabei geht es jedoch nicht vordringlich um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, sondern schlicht um die Sicherstellung der ungarischen Energieversorgung. Ansonsten steht die Außenpolitik Ungarns ganz im Zeichen der Konnektivität, also dem Bemühen, mit allen Ländern der Welt bestmöglich zusammenzuarbeiten. Handlungen, die

dieser Absicht entgegenwirken, werden unterlassen, also auch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Abgesehen davon verbietet der ungarischen Regierung auch der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht anderer Staaten, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen.

Welche Motivation verbirgt sich hinter einer Einmischung?

Grundsätzlich gibt es zwei Motive: Einerseits möchte man bei einem realen Missstand Abhilfe schaffen. Andererseits möchte man ein Land kritisieren, um es international zu diskreditieren oder gar einen „Regimewechsel“ zu befördern, indem man die jeweilige Opposition durch „Landeskritik aus dem Ausland“ in eine bessere Position bringt.

Wie sollte sich eingemischt werden?

Wenn ein konkreter Missstand beseitigt werden soll – beispielsweise die diskriminatorischen Maßnahmen gegen die ungarische Minderheit in der Ukraine (Stichwort: Sprachengesetz) –, dann ist es notwendig, dass die ungarische Regierung bei ihrer Kritik sachkundig an der realen Praxis in der Ukraine anknüpft. Es wäre beispielsweise wenig zielführend, wenn die ungarische Regierung ohne genaue Kenntnis der Lage einfach drauflos kritisieren würde. Das würde ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Nach einer Weile würde man sie nicht mehr ernst nehmen. Und der ungarischen Minderheit wäre natürlich nicht geholfen. Neben einer genauen Sachkenntnis ist es außerdem wichtig, dass die Kritik sachlich vorgebracht wird und mit konstruktiven Vorschlägen verbunden ist. Um einen Sachverhalt, den man in einem anderen Land kritisieren möchte, richtig kennenzulernen, ist es wiederum wichtig, sich umfassend, ergebnisoffen und ohne jegliche ideologische Scheuklappen über diesen zu informieren. Es reicht also nicht, sich lediglich bei einer politischen Seite über einen bestimmten Sachverhalt zu informieren. Bei NGOs, die zu allen möglichen Themen „Untersuchungen“, „Studien“ oder „Analysen“ anbieten, sollte man generell sehr quellenkritisch vorgehen. Dabei ist es beispielsweise sehr wichtig, die Interessenlage und Finanzierung der zitierten NGOs zu betrachten. Aus eigener Erfahrung als langjähriger Journalist in Ungarn – seit 1994 bin ich hier als Journalist tätig und spreche die Landessprache – kann ich beispielsweise feststellen, dass sich die Situation der Pressefreiheit in Deutschland und Ungarn in der Praxis komplett entgegengesetzt verhält als beispielsweise die Jahresgutachten von „Reporter ohne Grenzen“ nahelegen. Während in den deutschen Mainstreammedien ein Bild eines Ungarn kolportiert wird, in dem es keine Pressefreiheit mehr gäbe oder sie zumindest massiv eingeschränkt wäre, kann ich bei meiner täglichen Arbeit nichts derlei feststellen. Ganz im Gegenteil: in Ungarn gibt es eine vielfältige freie Presse mit vielfältigen politischen Ausrichtungen. So etwas wie

einen „Mainstream“ gibt es innerhalb der ungarischen Presselandschaft nicht. Harte Kritik an der Regierung kann ohne weiteres erscheinen. Anders als in Deutschland gibt es in Ungarn auch keinerlei Eingriff in das Leben von Verlagen oder Redaktionen in Form von Kontosperrungen, Angriffen auf Journalisten und deren Eigentum (Abfackeln von Autos), Prozesslawinen mit dem Ziel, einen Verlag, finanziell auszutrocknen oder Ähnliches. Selbstverständlich wurde in Ungarn auch noch nie eine Zeitung verboten oder Publizisten mit Hausdurchsuchungen eingeschüchtert, wie in Deutschland.

Geschürter Anschein und Wirklichkeit

Ein solches Auseinanderklaffen von geschürtem falschen Anschein, also eines in Deutschland von deutschen Medien produzierten Bildes über einen gewissen Aspekt des ungarischen Lebens, und der ungarischen Wirklichkeit finden wir noch auf vielen weiteren Gebieten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien zur Illustration noch einige weitere eklatante Beispiele aufgeführt. **Antisemitismus:** Während in Deutschland der Eindruck erweckt wird, die ungarische Regierung wäre antisemitisch und würde Antisemitismus fördern, sieht es in der Praxis komplett anders aus. In Ungarn herrscht eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Antisemitismus. Schon beim kleinsten Anzeichen von Antisemitismus tritt der Staat kompromisslos auf. Im Ergebnis dessen können sich Juden in Ungarn sicher fühlen und sind auch selbstverständlicher Teil des Budapester Stadtbildes. Immer wieder wird von Vertretern jüdischer Organisationen gewürdigt, dass Ungarn inzwischen das Land in Europa ist, in dem sich Juden am sichersten fühlen können.

Demokratie.

Während in Deutschland der Eindruck geschürt wird, Ungarn würde autokratisch, ja fast schon diktatorisch regiert, sieht die Praxis ganz anders aus. In Ungarn haben wir eine lebendige Demokratie. Regierung und Opposition stehen in intensiven, aber komplett friedlichen Wettbewerb miteinander. Anders als in Deutschland gibt es in Ungarn keinerlei Einschüchterung der Opposition, erst recht nicht mit Mitteln der physischen Gewalt. In Ungarn werden keinerlei Fahrzeuge missliebiger Politiker abgefackelt, es gibt keinerlei Angriffe auf Wohnungen von Politikern. Die Opposition kann alle Rechte wahrnehmen, die ihr laut Gesetz zustehen, etwa durch die Besetzung von parlamentarischen Funktionen. In Ungarn können politisch Interessierte ohne Probleme in Gaststätten oder anderen Veranstaltungsorte zusammenkommen, ohne dass die Inhaber bedroht würden, oder dass es Anschläge auf diese Einrichtungen gibt (wie in Deutschland). In Ungarn können die Anhänger von allen politischen Lagern völlig angstfrei demonstrieren und ohne jeglichen Polizeischutz

Straßenwahlkampf führen. Kein Wunder, hier herrscht eine Null-Toleranz gegenüber jeglichem Polit-Terrorismus! Siehe dazu etwa die völlig rechtsstaatliche, kompromisslose Behandlung der mutmaßlichen Antifa-Terroristen der Gewaltorgie vom Februar 2023.

Meinungsfreiheit.

Während in Deutschland der Eindruck erweckt wird, in Ungarn gäbe es keine oder nur eine sehr eingeschränkte Meinungsfreiheit, kann beispielsweise die Regierungspolitik ohne weiteres auf alle mögliche Weise kritisiert werden. Anders als in Deutschland gibt es in Ungarn den Tatbestand der „Meinungskriminalität“ nicht. Deswegen gibt es hier auch keinerlei Hausdurchsuchungen, Kontosperrungen oder Prozesslawinen, um Andersdenkende einzuschüchtern. In ungarischen Gefängnissen sitzen keinerlei Menschen wegen abweichender Meinungen. Die Regierung toleriert sogar, dass sie aus dem Lager der Opposition in übler Weise öffentlich beschimpft wird. Ein Schlachtruf der ungarischen Opposition lautet beispielsweise „Orbán ist ein Wichser“. Wegen dieser massenhaft gängigen Aussage wurde noch nie ein Oppositionsanhänger zur Verantwortung gezogen. Es gibt in Ungarn übrigens auch nicht den Straftatbestand der „Majestätsbeleidigung“.

Homophobie und Rassismus.

Während in Deutschland der Anschein erweckt wird, die Ungarn wären ein homophob und rassistisch, ist das ganze Gegenteil der Fall. Die Ungarn sind sehr aufgeschlossen und gastfreundlich. Zum selbstverständlichen Straßenbild in Ungarns Städten gehören Angehörige verschiedenster Ethnien völlig selbstverständlich mit dazu. An ungarischen Universitäten studieren mehrere Tausend Bürger aus allen Teilen der Welt, auch aus Afrika und Asien. Sie können sich hier völlig frei bewegen und müssen sich nicht vor irgendwelchen rassistischen Angriffen fürchten. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für sexuelle Minderheiten. Mir ist kein einziger Fall bekannt, dass es zu physischen Angriffen auf Angehörige dieser Minderheiten gekommen wäre, ähnlich wie etwa in Dresden auf ein schwules, syrisches Paar. Noch nie ist mir ein Fall zu Ohren gekommen, dass etwa ein Schwuler wegen seiner sexuellen Orientierung seinen Job verloren hätte oder andere Nachteile erlitten hätte. Bei einem Gesetz, das in der deutschen Presse immer wieder gern als „Beweis“ für die Homophobie Ungarns verwendet wird, geht es ausschließlich um den löblichen Schutz von Kindern und der Sicherung ihrer ungestörten freien Entwicklung.

Was sollte bei sachlicher Kritik noch beachtet werden?

Von entscheidender Bedeutung ist, dass das kritisierende Land mit gutem Beispiel vorangeht. Ungarn hat beispielsweise – auch im europäischen Maßstab – eine vorbildliche Politik gegenüber den nationalen Minderheiten innerhalb seiner politischen Grenzen. Diese vorbildliche Position versetzt die ungarische Regierung wiederum in die Lage, Länder zu kritisieren, die in dieser Hinsicht noch Nachholbedarf haben. Gäbe es in Ungarn diesbezüglich Defizite, dann könnte sich die ungarische Regierung selbstverständlich nicht so selbstbewusst für die ungarische Minderheit in anderen Ländern einsetzen, da sie zu Recht befürchten müsste, von den kritisierten Ländern mit der ungarischen Praxis konfrontiert zu werden. Dieses Problem stellt sich für die ungarische Regierung jedoch nicht. Übrigens stellt sich dieses Problem auch nicht im Bereich der Energieversorgung. Ungarn versorgt die Ukraine vertragsgerecht in großem Umfang mit Strom, trotzdem sabotiert die Ukraine immer wieder die Durchleitung russischer Energieträger. Kritik von einer vorbildlichen Position aus ist also essenziell, um Erfolg zu haben bzw. um die Chance zu erhöhen, dass sich dadurch etwas ändert. Diese Tatsache gilt selbstverständlich auch für alle anderen potenziellen Kritikfelder. Wenn ich als Vertreter eines Landes beispielsweise ein anderes Land kritisiere, weil dort Medien verboten werden, dann darf es natürlich in meinem Land nicht selbst Medienverbote geben. Wenn ich mich gegen die Einschüchterung von Andersdenkenden durch Hausdurchsuchungen, Selbstjustiz etc. ausspreche, dann darf es eine solche Praxis natürlich nicht in meinem Land geben. Wenn ich gegen Zensur in einem anderen Land protestiere, dann darf es solche Maßnahmen in meinem Land nicht geben. Wenn ich mich gegen Repressalien gegenüber der Opposition in einem Land ausspreche, dann darf es in meinem eigenen Land natürlich keinerlei Kontosperrungen, die Verweigerung zustehender oppositioneller Rechte, den Entzug des passiven Wahlrechts, Diskriminierungen bei der Vergabe öffentlicher Gelder gegenüber der Opposition oder Ähnliches geben. Wenn ich das Verbot demokratischer Parteien in anderen Ländern kritisiere, dann darf es in meinem eigenen Land selbstverständlich keinerlei Verbote demokratischer Parteien oder auch nur Verbotsdiskussionen geben. Kritisiert ein Land jedoch an einem anderen Land etwas, das sogar im eigenen Land ein Problem darstellt, dann macht es sich unglaublich und setzt sich dem Vorwurf doppelter Standards aus. Der gleiche Vorwurf kann übrigens auch dann erhoben werden, wenn es an Konsistenz mangelt, beispielsweise wenn eine unliebsame Regierung für etwas gerügt wird, das man einer anderen Regierung ohne weiteres durchgehen lässt. Es sollte also nicht sein, dass die üblichen Standardvorwürfe „Verletzung der Menschenrechte“,

„Aushöhlung der Demokratie“ oder „Korruption“ bevorzugt gegen Länder geäußert werden, deren Regierung einem ein Dorn im Auge ist.

Fazit

Wirksame und konstruktive Kritik an Missständen im Ausland sollte immer auf ausgewogenen Informationen basieren. Sie sollte konsistent sein und sachlich vorgetragen werden. Kritiken, die diesen drei Bedingungen nicht genügen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie andere als die vorgegebenen Ziele verfolgen.

Budapest, 10. November 2025